

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Bezugspreis: durch unsere Boten bei uns monatlich 2.00 Mark, bei den Postämtern 2.10 Mark, vierteljährlich 5.50 Mark, halbjährlich 10.50 Mark, jährlich 20.00 Mark. Ferner sind die Kosten für den Transport der Zeitungen mit Ausnahme des Postens und der Steuern, welche die Zeitungsnehmer zu zahlen haben, zu berücksichtigen.

Anzeigenpreis: Die Abrechnung erfolgt nach dem Raum für Anzeigen und nach dem Platz für Überschriften. Die Abrechnung erfolgt nach dem Raum für Anzeigen und nach dem Platz für Überschriften. Die Abrechnung erfolgt nach dem Raum für Anzeigen und nach dem Platz für Überschriften.

Nr. 23.

Freitag, den 28. Januar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die schwabende Schuld des Deutschen Reiches betrug an diskontierten Schatzanweisungen am 10. Januar 1921 182 999 998 000 Mark. Hierzu traten bis 20. Januar 10 588 913 000 Mark. Daraus gingen ab 9 302 282 000 Mark. Mitin ergibt sich eine Zunahme auf 164 286 017 000 Mark.

Reichsminister Simons erklärte, es lägen Angelegenheiten da, die die Interalliierte Kommission mit schärferen Maßnahmen gegen den Terror in Oberschlesien vorgehen würde.

Dem Tempis zufolge hat der Alliiertenrat den Antrag einer Entente macht angenommen, wonach von Deutschland die Aburteilung der Kriegsschuldigen bis spätestens 30. April erwartet werden soll.

Sämtliche Vereine vom Roten Kreuz haben sich zu einer einheitlichen Institution zusammengeschlossen.

Der Tiroler Landtag beschloß, die Abstimmung über den Tag des Anschlusses an Deutschland am letzten Sonntag im Februar vorzunehmen.

## Die Erhöhung der Teuerungszulagen und die Ortsklassenfrage.

Von Reichstagsabg. Alfred Brodau.

Ist die vor einigen Tagen vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter, die für das Reich eine große finanzielle Mehrbelastung bedeutet, an und für sich von den Beamten und Arbeitern mit Befriedigung aufgenommen worden, so hat es doch in den Kreisen der Provinzbeamten vielfach große Mißstimmung hervorgerufen, daß man die Zulagen, die bisher für alle fünf Ortsklassen gleichmäßig auf 50 Prozent des Grundgehaltes und des Ortszuschlages festgelegt waren, nunmehr nach Ortsklassen gestaffelt hat, dergestalt, daß sie in A 70 Prozent, in B 67 Prozent, in C 65 Prozent, in D 60 Prozent, in E 55 Prozent betragen. Dieser Staffelung der Zuschläge, die vom Reichstag gemäß der Regierungsvorlage einstimmig beschlossen worden ist, haben, wie der Verfasser dieses Artikels, viele Abgeordnete nur mit schmerzen Bedenken zugestimmt, nur deshalb, weil einerseits eine solche Differenzierung dringend notwendig war, andererseits aber eine andere Regelung zur Zeit nicht zu erreichen war. Als der Reichstag am 19. Januar nach den Weihnachtstagen wieder zusammentrat, stand er vor der Tatsache, daß sich inzwischen die Stellung mit den Vertretern der großen Beamten- und Arbeiterorganisationen auf diese Staffelung geeinigt hatte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Staffelung nach Ortsklassen keine glückliche Lösung gewesen ist. Sie hat die Differenzierung zwischen den Bezügen gleichgestellter Beamter in den verschiedenen Ortsklassen noch erheblich verschärft. Bezog bisher ein Beamter der Gruppe 3 bei 4600 Mark Grundgehalt mit dem Ortszuschlag und dem 50prozentigen Teuerungszuschlag in A 9000, in B 9000, in C 8400 Mark, so erhöht er nunmehr in A 11 220, in B 9900, in C 8680 Mark, von den Kinderzulagen abgesehen. Die Spannung zwischen A und C erhöht sich also von 900 auf 2540 Mark. Bei einem Beamten der Gruppe 7 mit 6200 Mark Grundgehalt steigt sie zwischen A und C von 1500 auf 2110, zwischen B und C von 2400 auf 3860 Mark, und sie erhöht sich noch weiter, soweit Kinderzulagen dazu kommen, die ja sehr kurzum ebenfalls nach Ortsklassen gestaffelt sind.

Diese schärfere Differenzierung ist ganz gewiß durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigt. Eher hätte man, wenn nicht überhaupt auf Beseitigung der Ortsklasseneinteilung, so doch auf Abschmückung der Differenzierung unter Verringerung der Ortsklassen zu kommen müssen. Als die Ortsklasseneinteilung eingeführt wurde, geschah dies wegen der Wohnungsmieten, die in den größeren Städten einen wesentlich höheren Teil des Beamteneinkommens verschlangen als in den kleineren Plätzen, vielfach ein Geschäft, ein Bündel und noch mehr. Jetzt spielen die Mieten im Beamtenhaushalt nicht mehr die Rolle wie ehemals; die Mieten sind nur um höchstens 40 Prozent gestiegen, der Aufwands für die sonstigen Lebensnotwendigkeiten auf mehr als das zehnfache des früheren, und zwar dergestalt, daß die Unterschiede in dem Industriegebieten wesentlich kleinere sind als im ländlichen Bereich. Die Unterschiede in der Teuerung hinsichtlich der einzelnen Orte sind schwer festzustellen. Das gilt insbesondere für die Orte unserer dichtbesiedelten sächsischen Industriebezirke, vor allem für das ganze Erzgebirge. Die Unterschiede, die etwa noch hinsichtlich der Miete bestehen, werden dadurch ausgeglichen, daß den Beamten in kleineren Orten vielfach größere Ausgaben durch die Kindererziehung infolge erwachsen, als auswärtsige Schulen besucht werden.

Nachdem man bedauerlicherweise die Verhältnisse in den Bezügen gleichgestellter Beamter nach den Orts-

klassen, denen sie angehören, bezugsfähig hat, muß jetzt um so mehr darauf gedrungen werden, daß unsere erzgebirgischen Orte, so auch Aue, besser eingestuft werden, als es bei der vor Weihnachten erfolgten vorläufigen Neueinteilung einer Anzahl Orte von mehr als 10 000 Einwohnern geschehen ist und als es hiernach für die Orte unter dieser Einwohnerzahl zu erwarten sein würde. Die Einwohnerzahl dürfte der Einteilung nicht so schematisch zugrunde gelegt werden, wie es bisher geschehen ist, vielmehr müßte die Zugehörigkeit zu ganzen Teuerungszonen berücksichtigt werden. Dieser Gedanke ist auch im Reichstag zum Ausdruck gekommen durch Annahme eines von demokratischer Seite eingebrachten Antrages, durch den die Realisierung ersucht wird, das Ortsklassengesetz mit größter Beschleunigung vorzulegen und darin Orte mit gleichen Teuerungsvoraussetzungen in die gleichen Klassen einzureihen. — Wenn das ganze Sachsen in seinen industriellen Teilen ein einheitliches Teuerungszonengebiet darstellt, für das, wie kürzlich in Dresden bei einer Besprechung zwischen Regierung und Beamtenvertretern gesagt worden ist, die Ortsklassen D und E außer Betracht bleiben müßten, so gilt das besonders für das Erzgebirge und das Vogtland, für dessen Orte im wesentlichen nur die Klassen A und B in Frage kommen sollten. Es ist Sache der Vertreter des Reiches im Reichstag, die zuständigen Regierungsstellen auf die besonderen Teuerungsvoraussetzungen bei uns hinzuweisen, damit schon das Gesetz über die Ortsklasseneinteilung, dessen Vorlegung an den Reichstag in einigen Wochen zu erwarten ist, sie in gebührender Weise berücksichtigt. Die Gesetzesvorlage wird alsdann durch einen Ausschuß des Reichstages beraten werden, während sich der Reichstag bei seiner Geschäftssitzung darauf beschränken muß, die Beschlüsse des Ausschusses gut zu heißen.

## Abbau der Preise?

Man spricht zurzeit in manchen Kreisen davon, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und damit das Mißverhältnis der Lohn- und Gehaltsbezüge zu ihnen den höchsten Punkt überschritten hätten. Man erzählt sich weiter, daß freilich auch bereits Löhne und Gehälter auf den neuen Stand der Dinge abgestellt würden, und dies führt zu der Frage, ob man in der Tat schon in absehbarer Zeit mit einem in die Augen springenden Abbau der Preise rechnen dürfe oder nicht. Bei einer sachlichen Betrachtung dieses entscheidenden Wirtschaftsproblems wird man sich indessen vor Augen zu halten haben, daß die Preise sich heute wie immer nach dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage richten. Wir wissen aber, daß auf den meisten Gebieten der öffentlichen Wirtschaftsbewegung die Nachfrage das Angebot ganz wesentlich übersteigt. Der mit Eintritt des angelegentlichst Friedens sichtbar gewordenen Zustand, das zweite Kreise auf viele Gegenstände Anspruch erhoben, die sie bisher entbehren mußten und noch immer nicht erhalten konnten, ist noch heute in unverminderter Stärke festzustellen. Das Hindernis zur Beseitigung war die mangelnde Kaufkraft des Reiches und des deutschen Geldes, und inzwischen ist infolge der fortgeschrittenen weiteren Verschlechterung der deutschen Währungen die mangelnde Kaufkraft des Publikums noch hinzutreten. Im übrigen lehnen frühere Beispiele, daß die Wiederherstellung des Normalzustandes nach so weitgehenden Erschütterungen, wie wir sie zu verzeichnen hatten, immer eine längere Spanne Zeit erfordert und es scheint nicht, als ob wir bereits am Ende des krisenhaften Zustandes wären. Vor allem ist dabei darauf hinzuweisen, daß eine Minderung der Selbstkosten im Herstellungsprozess für absehbare Zeit nicht erhofft werden kann. Allerdings haben sich da und dort die Rohstoffpreise etwas vermindert, und auch die Weltmarktpreise scheinen ihren Kulminationspunkt überschritten zu haben. Auf der anderen Seite aber ist auf der ganzen Welt eine umfangreiche Handelskrise zu verzeichnen, und auch hier dürfte sich also eine Hemmung für einen schon demnächst sichtbaren Abbau der Preise ergeben. Ueberhaupt wird man gut tun, sich die Entwickelung der Dinge nicht so vorzustellen, daß man, — wenn überhaupt — die Senkung der Preise sich in konsequent absteigender Linie entwickeln werde. Man muß sich vielmehr vor Augen halten, daß sich die absteigende Linie ähnlich wie eine Fieberkurve in unregelmäßiger Wellenbewegung von oben nach unten bewegen wird. Ueber den Zeitpunkt, an dem sich feststellen lassen wird, daß die Auswirkungen der Sturmwind nicht mehr so groß sind und daß daher eine Kreisumkehr eingetreten ist, läßt sich demnach zurzeit Gewisses noch immer nicht sagen. Damit ist zu gleicher Zeit erwiesen, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung für die nächste Zeit noch sehr fraglich ist. Besonders, da sich z. B. auch die Produktionskosten der Landwirtschaft noch in keiner Weise verringert haben. Eine ins Gesicht fallende Minderung, das müge zum Schluß noch gesagt sein, ließe sich vielleicht nur dann erhoffen, wenn die jetzigen Verhandlungen in Paris ein für uns einwandfrei günstiges Resultat haben.

## Die angeblichen Putschpläne der Orgesch in Sachsen.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Bus.

Die Unabhängige Volkspartei in Dresden hatte die Enthaltungen der Roten Kammer über einen angeblichen Putschplan der Orgesch übernommen und ihn kommentiert. Daraufhin hat Ministerpräsident Bus der Dresdner Volkspartei folgende Erklärung gefandt: Die Unabhängige Volkspartei behauptet in Nr. 19 vom 24. Januar 1921 unter der Überschrift: 'Aubendorfs Maske fällt', enthaltene Putschpläne für Sachsen — daß ein angeblicher Putschplan der Orgesch hauptsächlich Sachsen einbezogen und sich der Unterstützung der Reichswehr und der grünen Volkspartei erfreue. Ich habe mir das für diese Behauptung beigebrachte Material durchgesehen, um festzustellen, ob tatsächlich ein Verdacht der geschilderten Art ausgesprochen werden kann, und habe hierbei nur drei Momente finden können, aus denen auf eine Beziehung zu Sachsen und der grünen Volkspartei geschlossen werden könnte: 1. Es wird behauptet, daß ein Exemplar des Rundschreibens der bayerischen Königsarmee an den Bezirkshauptmann Döcker, Plauen, Fürstenstraße 48, zur Kenntnis, evtl. Beibringung der Mannschaften gerichtet sei. Hierzu ist festzustellen, daß dieser angebliche Bezirkshauptmann nicht zur Landespolizei gehört, sondern Fabrikant und Vertrauensmann der Plauerer Mitglieder der Orgesch ist. Wie er zu dem Titel Bezirkshauptmann kommt, ist hier nicht bekannt. 2. Sammelort gegen Döcker, Plauen und Chemnitz soll Friedmannsdorf sein. Einen Ort dieses Namens gibt es nicht in Sachsen. 3. Die Umwekung sei u. a. unter Führung von Bismarck von G. S. Das ist zwar der Name einer bekannten sächsischen Familie. Es muß aber festgestellt werden, daß ein Träger dieses Namens nicht der Landespolizei angehört. Ein Major dieses Namens hat vor etwa einige Zeit angeheiratet, ist aber bereits seit Jahresfrist auf seinen Antrag ausgeschieden. — Unter diesen Umständen muß ich Wert darauf legen, daß von der Redaktion der Unabhängigen Volkspartei entweder weitere Anhaltspunkte für die Behauptung, die Landespolizei stehe mit dem angeblichen Putschplan in Verbindung, beigebracht werden oder aber in der Unabhängigen Volkspartei erklärt wird, daß der Vorwurf, der hier erhebt sich der Unterstützung der Landespolizei, mit aller Deutlichkeit zurückgenommen wird.

Eine kommunistische Anfrage an den Landtag beschäftigt sich mit diesen Enthaltungen der Roten Kammer und fragt die Regierung, was sie getan habe, um gegen die genannten Verhältnisse in Sachsen vorzugehen und die Auflösung der konterrevolutionären Organisationen vorzunehmen. Ferner wird die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, organisierte Arbeiter zur Abwehr konterrevolutionärer Anschläge zu bewaffnen.

## Kleine politische Meldungen.

Besserung der Lage in Oberschlesien. Die interalliierte Kommission in Opatowitz scheint mit der Verzögerung der Sicherheitsmaßnahmen Ernst zu machen. Der Kreistrotteur in Beuthen hat mitgeteilt, daß zur Bekämpfung des Banditentums in Ratibitz Stadt und Land verschärfte Maßnahmen ergriffen würden.

Provinz Grenzmark. Ein Gesetzentwurf über Bildung einer Provinz Grenzmark wird im preussischen Ministerium der Innern vorbereitet. Die Grenzmark bildet zurzeit einen Regierungsbezirk. Da in der preussischen Verfassung die Grenzmark aber die Rechte einer Provinz erhalten hat, soll jetzt entschieden werden, ob der Regierungsbezirk Grenzmark auch formell Provinzrechte erhalten soll.

Eine deutsche Note an Moskau. Wie wir erfahren, ist wegen der nachgewiesenen Unterstützung der Aufstellung einer Roten Armee in Deutschland durch Sowjetrußland und der Teilnahme des bolschewistischen Vertreters Kopp an der Vorbereitung für einen neuen kommunistischen Umsturz eine Note Deutschlands nach Moskau gegangen. Die Regierung wird nach dem Eingang der russischen Antwort sich schlußfassen, ob sie die Rückkehr des Hrn. Kopp oder eines bolschewistischen Vertreters nach Deutschland zulassen werde.

Die Franzisierung des Saargebietes. Wie aus sicherer Quelle verlautet, haben die Franzosen im Saargebiet und in den zum Saargebiet gehörenden Teilen der Pfalz bisher über 1200 Wohngebäude und Fabrikräume für die Verlegung der französischen Besatzungstruppen in Paris mit der mehrfachen angelegentlichsten Absicht des neugewählten Präsidenten Harding, die amerikanischen Besatzungstruppen baldmöglichst zurückzuziehen, in Zusammenhang bringt. Es stünde demnach die Verlegung der amerikanischen Truppen durch französische oder belgische Truppen zu erwarten.

Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen. Wie das Echo du Rhin meldet, finden gegenwärtig zwischen dem belgischen General Maglins und dem französischen General Deant in Paris Verhandlungen über die Neuverlegung der militärischen Besatzung des Rheinlandes statt. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man diese Verhandlungen in Paris mit der mehrfachen angelegentlichsten Absicht des neugewählten Präsidenten Harding, die amerikanischen Besatzungstruppen baldmöglichst zurückzuziehen, in Zusammenhang bringt. Es stünde demnach die Verlegung der amerikanischen Truppen durch französische oder belgische Truppen zu erwarten.

Gegen die Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung. In Halle haben sich die Gewerkschaftler der Reichsbahn und der Unabhängigen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossen. In einer am Mittwoch von beiden Parteien abgehaltenen Sitzung wurde laut Vorwärts einstimmig beschlossen.

ler Art  
führung  
geblatt.  
921  
g  
-Bank  
geb.).  
ling  
beilr. 4.  
ung  
Tageblatt.  
ufer  
en Preisen,  
ffee, Tee,  
rmen.)  
rtensteiner  
straße 68.  
ld  
ts zu haben.  
Kapitalien u.  
nierung von  
Grundstücks-  
vermittlung.  
ue i. Erg.  
straße 4.  
u. Felle  
sten Tages-  
unghans,  
Aus. Fern-  
ferntruf 589.  
immer  
Setzen  
en Gerren  
später  
gesucht.  
W. T. 604  
blat erbeten.  
iertes  
er  
e Post.  
i. T. 588  
Tageblatt.  
er  
nolen  
en.  
3. 1 Trepp  
kette  
abgegeben.  
er. S. 1.